

Solidarität mit dem libyschen Volk und seiner rechtmäßigen Regierung !

Bei dem Angriff zur Besetzung von Tripolis waren Bodentruppen und Sondereinheiten aus Frankreich, Großbritannien, Katar und Jordanien ganz entscheidend beteiligt. USA und Nato hatten sie nach einem mörderischen Bombardement über das Meer an Land gebracht. Damit sollte endgültig für jedermann offenkundig sein: in Libyen findet kein Bürgerkrieg statt. Das kleine nordafrikanische Land und sein Volk sind vielmehr Opfer einer längerfristig geplanten, kaltblütig vorbereiteten, völkerrechtswidrigen Aggression.

Trotz ihrer pausenlosen Bombardierungen von Städte und Infrastruktur, Streubomben und Nuklearmunition, dem Einsatz von militärischen Geheim-Killerkommandos, der Beschlagnahmung seiner Gelder und einem erbarmungslosen Handels- und Wirtschaftsembargos konnte und wird die Nato den heroischen Widerstand des libyschen Volk nicht brechen können.

Leider dominiert die Kriegspropaganda unserer Medien und die Sichtweise der Herrschenden auch das Denken und die Diskussion weiter Teile der Gewerkschaften, der politischen Organisationen der Linken und der Friedensbewegung, lähmen sie und behindern den Aufbau der notwendigen Solidaritätsbewegung. Die Presseerklärung von Dr. Peter Strutynski und Lühr Henken vom Bundesausschuss Friedensratschlag anlässlich der ersten voreiligen Meldungen über die Einnahme von Tripolis mit der perfiden Überschrift "Friedensbewegung kann sich über ein Ende der Kämpfe in Libyen freuen [!!!], nicht aber über den Sieg der NATO" ist dafür ein besonders widerwärtiges Beispiel.

Wer gegen die Aggression mobilisieren will, muss für das libysche Volk Partei ergreifen

Es sollte für Jeden, der Mitgefühl für seine Mitmenschen, einen Sinn für Gerechtigkeit und Verantwortungsbewusstsein hat, eine Selbstverständlichkeit sein, unzweideutig Partei für das libysche Volk und gegen die Aggressoren zu ergreifen. Nur wer Partei ergreift, kann bekanntlich Kraft entwickeln und andere mobilisieren. Genau aus diesem Grunde versuchen die Kriegstreiber und Mainstream-Medien, eine Parteinahme unserer Bevölkerung zu verhindern.

Glaut man den Herrschenden und unseren Medien, so verfolgt die Nato bei ihren blutigen Interventionen nur das Ziel, anderen Völkern, "Freiheit und Demokratie" zu bringen. Diese „unsere“ Form der politischen und wirtschaftlichen Ordnung, bei der die Eigentümer von Banken und Konzernen allein und unter Ausschluss der Öffentlichkeit die wirklich relevanten Entscheidungen treffen, haben alle Völker der Erde zu übernehmen. Wer das nicht tut, wie das Jugoslawien des Milosevic, der Irak des Saddam Hussein und Gaddafis Libyens wird als „Regime“ denunziert. „Regime“ ist das Codewort unserer Medien für die Staaten, die freigegeben sind für die Aggressionen der Nato. Mit „Regimen“ und den Menschen, die in diesen Ländern leben, dürfen wir keine Solidarität üben. Darin ist sich Strutynzki mit den Nato Politiker einig. Es hilft den Libyern wenig, dass Gaddafi bereits seit vielen Jahren kein offizielles Amt mehr bekleidet. Es interessiert nicht, dass die beeindruckenden Ergebnisse der libyschen Wirtschafts-, Bildungs- und Sozialpolitik klar belegen, dass

die libysche Bevölkerung über ihre Volksversammlungen und Institutionen ihre Interessen und Wünsche sehr wohl und effizient durchsetzen konnte. Es spielt keine Rolle, dass die libyschen Bürger trotz des Bombenhagel der Nato zu Millionen für ihre Regierung und Gaddafi als dem Symbol ihrer Einheit und ihrer Entschlossenheit zur Verteidigung ihrer Selbstständigkeit auf die Straßen gegangen sind und heroisch für sie kämpfen. Für Strutynski und Lühr-Henken ist Libyen ein „Regime“ und Gaddafi ein „Diktator“. Ihrem Schuldspruch haben sich die Libyer unterzuordnen. Deshalb haben es diese beiden „Friedenspolitiker“ bis heute unterlassen, zu Kundgebungen und Demonstrationen gegen die völkerrechtswidrigen Raub - und Angriffskrieg der Nato und der Solidarität mit dem libyschen Volk und seiner Regierung aufzurufen. Deshalb haben sie verhindert, dass der Aufruf „Frieden für Libyen! Solidarität mit dem libyschen Volk!“ auf der Seite des AG Friedenspolitik bekannt gemacht wird. Für diese Zensur kann sich die Nato bei ihnen bedanken. Wenn sie jetzt im blinden Taumel über die Falschmeldung, die Nato habe dem libyschen Volk bereits den Rücken gebrochen, erklären, die „Friedensbewegung kann sich über ein Ende der Kämpfe in Libyen freuen“, zeigen sie mehr als deutlich, auf welcher Seite sie stehen, wessen Geschäfte sie betreiben.

Diese Aggression bedroht langfristig auch unser Land und unsere Menschen

Wir haben allen Grund, uns gegen die blutige Vergewaltigung des libyschen Volkes zu stellen. Die Brutalität und die Verachtung für Recht und Menschenrechte, mit der die Politiker und Militärs der Nato andere Länder für die Macht- und Raubinteressen der großer Konzernen überfallen, sollte uns hellwach machen. Mit jeder dieser Aggressionen wächst der Einfluss von Militärs und der Rüstungsindustrie, wird die Militarisierung und der Ausbau des Repressionsapparates in unseren Gesellschaften weiter vorangetrieben. Die kaltblütige Missachtung von Recht und Menschenrechten kann sich schon morgen im Innern gegen unser eigenes Volk richten. Wenn es für Politiker und Militärs der Nato ungestraft möglich und zum Gewohnheitsrecht wird, andere Völker zu überfallen und auszurauben, ist es nur eine Frage der Zeit, bis unser Land und unsere Bevölkerung direkt in Kriege mit allen seinen Schrecken und Folgen einbezogen wird. Es ist deshalb in unserem eigenen Interesse dringend erforderlich, dieser Kriegspolitik entschlossen und konsequent entgegenzutreten, sprich, Solidarität mit dem libyschen Volk zu zeigen.

Bauen wir eine Solidaritätsbewegung für das libysche Volk und seine Regierung auf !

Angesichts der Tausenden von Toten, der drohenden Zerstörung der Lebensgrundlagen eines ganzen Volkes, drängt es Strutynski und Lühr Henken, klarzustellen, dass sie sich weigern, „in die Jubelchöre des Westens einzustimmen.“ „Der Preis, den das libysche Volk zahlen musste,“ erklären sie uns, „ist hierfür zu hoch.“ Anders ausgedrückt: die Freude der politischen und militärischen Führer der Nato über den erhofften Sturz der legalen libyschen Regierung teilen die beiden "Friedenspolitiker". Sie hätten ihn nur gerne für weniger Tote gehabt. Jetzt aber hoffen sie, dass „die Kämpfe sofort und endgültig eingestellt werden“, sprich, die libysche Bevölkerung vor der Nato kapituliert, und „das libysche Volk als Ganzes demokratisch über seine eigene Zukunft entscheiden kann“. Dass dies erst jetzt unter ausländischer Besatzung möglich sein soll und wenn sich internationale Konzerne wieder die Verfügungsgewalt über Wirtschaft und Reichtum des libyschen Volkes verschafft haben, dürften sie den Werbeschriften des Pentagon entnommen haben.

Angesichts der leidvollen Erfahrungen der Bevölkerung im Irak und Afghanistan, die von USA und Nato-Staaten bereits „befreit“ wurden und solche „freien Wahlen“ kennen, kann man ihre „Wünsche“ nur als zynische Verhöhnung des libyschen Volkes bezeichnen.

Die Libyer wissen nur zu gut, dass sie ihre Freiheit und sozialen Errungenschaften nur behaupten und wiedergewinnen können, wenn sie die Invasoren zum Rückzug zwingen. Dafür brauchen sie jetzt unsere ganze Solidarität und Unterstützung. Bauen wir also eine breite Solidaritätsbewegung für das libyschen Volk und seine Regierung auf. Vernetzen wir uns, verbreiten wir die Wahrheit über diesen verbrecherischen Krieg. Organisieren wir beginnend mit dem Antikriegstag am 1. September überall Kundgebungen und Demonstrationen. Üben wir Druck auf die Bundesregierung aus und fordern von ihr, sich einzusetzen für die

+ Sofortige Einstellung aller Bombardements und militärischen Angriffe der Nato und ihrer ausländischen Hilfstruppen aus den Emiraten. Ihre Einheiten, Flugzeuge und Schiffe sind ohne jede Vorbedingungen aus Libyen und von seinen Grenzen abzuziehen. Für diese Aggression darf es keine Form der Unterstützung geben.

+ Das Wirtschafts- und Handelsembargo gegen Libyen ist sofort aufzuheben, die beschlagnahmten libyschen Gelder und Vermögenswerte sind der rechtmäßigen libyschen Regierung wieder zur Verfügung zu stellen.

+ Die an der Aggression beteiligten Nato-Staaten haben die Kosten für den Wiederaufbau und die Entschädigung des libyschen Volkes zu übernehmen. Dafür empfiehlt sich eine Sondersteuer für Ölkonzerne und Rüstungsindustrie. Die verantwortlichen Politiker und Militärs sind als Kriegsverbrecher vor Gericht zu stellen.

+ Libyschen Flüchtlingen und insbesondere auch Mitarbeitern und Mitgliedern seiner Regierung ist auf ihren Wunsch unbürokratisch Asyl und Schutz in der Bundesrepublik zu gewähren.

Quellen:

1, Lühr Henken, Peter Strutynski: Gaddafis Sturz - Niederlage der UNO. Pressemitteilung des Bundesausschusses Friedensratschlag, 22. August 2011.

<http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Libyen/baf4.html>

2, Lühr Henken, Peter Strutynski: 100 Tage Krieg gegen Libyen: Immer mehr zivile Opfer. Friedensbewegung verlangt Waffenruhe und Verhandlungen. Pressemitteilung des Bundesausschusses Friedensratschlag, 27. Juni 2011.

<http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Libyen/100tage.html>

Bernd Duschner, 28.08.2011